



## **Siegmund Ehrmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien  
der SPD-Bundestagsfraktion

---

Siegmund Ehrmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

### **Platz der Republik 1**

**11011 Berlin**

**Jakob-Kaiser-Haus**

**Raum 1351**

Telefon 030 227 – 77 654

Fax 030 227 – 76 654

E-Mail: siegmund.ehrmann@bundestag.de

### **Wahlkreis**

Hopfenstraße 4

47441 Moers

Telefon 02841 9980599

Fax 02841 9980588

E-Mail: siegmund.ehrmann@wk.bundestag.de

### **Wahlkreis**

Südwall 38

47798 Krefeld

Telefon 02151 319650

Fax 02151 8207611

E-Mail: siegmund.ehrmann@wk2.bundestag.de

Berlin, 16. Juni 2010

## **Bericht aus Berlin 09/2010**

### **I. Zur Lage**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

**Deutschland steckt in einer Regierungskrise**, die nun schon acht Monate andauert und zur Staats- und Demokratiekrise zu werden droht. Mittlerweile ist selbst dem geduldigsten Beobachter der Krug geplatzt. Dauerzank auf unterstem Niveau und Chaos in Permanenz haben zum verheerenden öffentlichen Urteil geführt: Die Regierung Merkel und Westerwelle, die sich als Traumpaar in Szene gesetzt hat, ist zum Alptraum geworden. Die Mehrheit der Deutschen glaubt nicht mehr an den Bestand dieser Koalition, und das Fazit in den Medien heißt: „Aufhören!“

Die Regierung ist gescheitert. Aber die Koalition klammert sich in ihrer Schwäche und Hoffnungslosigkeit weiter aneinander. Nur die Angst vor dem Machtverlust hält sie noch zusammen. Schuld an dem Debakel sind nicht nur Koalitionäre wie CSU und FDP, die sich mit allen Methoden der Intrige bekämpfen. Im Zentrum steht das System Merkel - ein System, das Misstrauen und Kleinmut hervorbringt, ein System, in dem sich niemand auf den anderen verlassen kann und in dem bald keiner mehr auf das Wort der Kanzlerin vertraut. Schon in der Großen Koalition wich sie aus und vermied es, mit eindeutigen Weichenstellungen verbunden zu werden. Sie gab Zusagen und brach ihr Wort, wenn es opportun erschien - so beim ersten Anlauf zur Absicherung der Job-Center. Dieses System ist durch Ideenlosigkeit, Entscheidungsunfähigkeit und



Siegmund Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Verantwortungslosigkeit bestimmt. Die Kanzlerschaft Merkels kennt kein Ziel außer dem Selbsterhalt. Sie kann für unser Land nichts Gutes bewirken.

Schwarz-Gelb ist in den vergangenen Monaten beinahe jeden Tag neu gescheitert. Gescheitert an sich selbst und gescheitert an der Realität. Die Regierung hat nicht ein einziges Gesetz von Gewicht und Belang zustande gebracht. Sie hat die Menschen zu täuschen versucht und in Serie Projekte angekündigt, die sie bald vor die Wand gefahren hat. Mehrfach wurden Minister beschädigt und mehrfach lagen Rücktritte in der Luft:

- Von der großspurig verkündeten **Steuerreform** mit angeblichen Entlastungen für die Mittelschicht und für kleine Einkommen ist nichts übrig geblieben. Die FDP-Minister sind bis auf die Knochen blamiert. Vizekanzler Guido Westerwelle, der keinen Koalitionsvertrag ohne massive Steuersenkungen unterschreiben wollte, steht mit leeren Händen da. Er hat nicht ein einziges seiner politischen Ziele erreicht. Die jetzt angekündigten Einschnitte bei Arbeitslosen und Familien führen im Gegenteil dazu, dass viele Menschen noch weniger Geld übrig haben. Als letzte Verteidigungslinie hat Westerwelle die Parole ausgegeben, dass es zu keinen Steuererhöhungen kommen darf. Doch auch diese Diskussion läuft weiter, weil nicht einzusehen ist, warum einer alleinerziehenden Mutter ohne Arbeit 300 Euro Elterngeld gestrichen wird, die oberen Einkommen aber unberührt davon kommen.

Es geht hier um fundamentale Fragen der Gerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs. Das DIW diagnostiziert in einer aktuellen Untersuchung die „Polarisierung der Einkommen“: „Die Einkommensgegensätze zwischen ärmeren und reicheren Haushalten nehmen in Deutschland zu. (...) Dieser Gegensatz wird von den Menschen nicht nur als besonders ungerecht empfunden, sondern er schürt auch die Verunsicherung der Mittelschicht.“ Diesen gesellschaftlichen Zukunftsfragen kann eine liberale Partei, die sich als Anwalt der Mitte versteht, nicht mehr ausweichen.

- Mit der **Kopfpauschale im Gesundheitssystem** ist Gesundheitsminister Rösler auch im dritten Anlauf innerhalb der Koalition gescheitert. Angetreten mit der vollmundigen Ansage, sein Ministeramt mit diesem Projekt zu verknüpfen, berief er sich nach dessen Platzen auf die Tugenden eines im Wind schwankenden Schilfrohrs. Der Rücktritt blieb bislang aus. Am Freitag dieser Woche beginnen nun neue Verhandlungen der Gesundheitspolitiker von Schwarz-Gelb. Die FDP bezeichnet dies als „Testfall“ für den Fortbestand der Koalition und sagt den Medien, sie sei in Alarmstimmung. Medienberichten zufolge soll die Deckelung des Zusatzbeitrages wegfallen. Das hieße: Steigende Abgaben für Millionen gesetzlich Versicherte. Eine Kopfpauschale ohne jeden Sozialausgleich.



Siegmund Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages

- Die **Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken** sollte auf Drängen der Atomlobby beschleunigt werden. Doch Umweltminister Röttgen und Wirtschaftsminister Brüderle liegen über Kreuz und finden keine Linie. Das Kanzleramt steuert nicht und Merkel duckt sich weg. Unklar bleibt, wann und unter welchen Bedingungen die angekündigte neue Steuer für AKW-Betreiber kommt. Hinzu tritt die Unsicherheit, ob die Laufzeitverlängerung im Bundesrat durchzusetzen ist. Führende Vertreter der Koalitionsparteien spekulieren auf die Umgehung der Länderkammer und wollen einen Verfassungsbruch in Kauf nehmen.
- Bei der **Abschaffung der Wehrpflicht**, die Verteidigungsminister Guttenberg vor der Haushaltsklausur der Bundesregierung überfallartig ins Gespräch brachte, hat Merkel einen weiteren Minister in den Nebel laufen lassen. Zuerst sagte sie, so gehe es nicht. Dann bezeichnete sie sich als Anhängerin der Wehrpflicht. Zuletzt hieß es von ihr, Denkverbote gebe es ja nicht. Die heftigste Blockade aber kam von der eigenen Fraktion. Guttenberg reagierte beleidigt, drohte mit Rücktritt und führte sich laut Parteifreunden wie ein „Rumpelstilzchen“ auf. Tatsache ist: Die planlose Verkürzung des Wehrdienstes ist gerade im Gesetzgebungsverfahren, da wirft Guttenberg schon den nächsten Knallfrosch mit Medienecho. Guttenberg ist ein ShowMinister. Er tut nur so als ob er etwas erreichen will. Er schießt auf die Schlagzeile. Die Experten sind entsetzt. Die Soldaten und Zivildienstleistungen werden permanent verunsichert.
- Die größte Niederlage Merkels ist der am vergangenen Donnerstag zum dritten Mal gescheiterte **Bildungsgipfel** von Bund und Ländern. Die aufwändig inszenierte „Bildungsrepublik“ erweist sich als Pappkulisse für Imagezwecke. Bei der Ministerpräsidentenkonferenz ging es gar nicht um Konflikte zwischen SPD- und unionsgeführten Ländern. Die Länder haben die Bundesregierung einhellig aufgefordert, die Steuereinnahmen der Länder nicht zu schmälern und sie bei der Bildungsfinanzierung durch zusätzliche Umsatzsteueranteile zu unterstützen. Die Kanzlerin war nicht vorbereitet und lehnte ab. Ergebnis: 16 zu 0 gegen Merkel.

Schwarz-Gelb mag sich in den kommenden Wochen hinter der Fußballbegeisterung verstecken. Der Auftakt der Deutschen Mannschaft bei der WM in Südafrika zeigt im Kontrast aber umso klarer, wie strategische Klarheit, Teamgeist und offensives Spiel zum Erfolg führt.

Mit freundlichen Grüßen



Siegmund Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## II. Zur Woche

### Reform der Jobcenter

Nach monatelanger Blockade von CDU und CSU und nachdem Arbeitsministerin von der Leyen mit einem Gesetzentwurf, der die Auflösung der Job-Center vorsah, am Widerstand der Länder gescheitert ist, besteht großer Handlungsdruck, damit die Argen Rechtssicherheit bekommen und die Vermittlung aus einer Hand gesichert bleibt. Die SPD hat deshalb mit der Koalition einen Kompromiss zur Absicherung der Job-Center verhandelt, der sehr nah an unseren ursprünglichen Forderungen liegt. Der Weg dahin war schwierig und nicht immer von Fairness auf Seiten der Regierung geprägt. Die 3.200 Vermittlerstellen, die 2010 planmäßig bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) zur Entfristung anstanden, hatte Schwarz-Gelb entgegen der Verabredung mit uns im Dezember 2009 im Haushaltsausschuss gesperrt. Auch nach der jüngsten Kompromissfindung bei der Job-Center-Reform haben die Regierungsfractionen diesen Punkt mehrfach von der Tagesordnung des Haushaltsausschusses genommen. Die Entfristung der 3.200 Stellen wurde nun vergangenen Mittwoch endlich im Haushaltsausschuss beschlossen. Damit können wir die entsprechenden Gesetzentwürfe zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91e) sowie zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende in dieser Woche in abschließender Lesung im Bundestag beraten.

### **Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP zu der dritten Beratung über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91e)**

Mit dem Entschließungsantrag stellen wir fest:

- dass sich die gemeinsame Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende durch die der Bundesagentur für Arbeit zugehörigen örtlichen Agenturen für Arbeit und die jeweils zuständigen kommunalen Trägern grundsätzlich bewährt hat. Die Zusammenarbeit von Arbeitsagenturen und Kommunen gewährleistet, dass die erwerbsfähigen Hilfebedürftigen aus einer Hand betreut werden und Leistungen aus einer Hand erhalten.
- dass die gemeinsame Durchführung daher als Regelfall fortgesetzt werden soll. Daneben sollen die bisher in einer Experimentierklausel im SGB II geregelten Zulassungen von einzelnen Kommunen zur alleinigen Aufgabenwahrnehmung verstetigt und die Grundsicherung für Arbeitsuchende von einer begrenzten Anzahl von Gemeinden und Gemeindeverbänden auf ihren Antrag und mit Zustimmung der obersten Landesbehörde auch künftig allein wahrgenommen werden können.
- dass die Zahl der Optionskommunen bezogen auf die bestehende Gesamtzahl der Aufgabenträger im Bundesgebiet bis zu einem Viertel betragen kann.



Siegmund Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages

### **Die Lasten der Krise gerecht verteilen, Spekulation eindämmen -Internationale Finanztransaktionssteuer einführen**

Die Welt befindet sich in der größten Wirtschafts- und Finanzkrise seit 80 Jahren. Überall mussten Regierungen gigantische Summen in die internationalen Finanzmärkte pumpen und haben diese damit vor dem Kollaps bewahrt. Eine allgemeine Finanztransaktionssteuer ist ein wichtiges, geeignetes und angemessenes Instrument, um den Teil der Finanzbranche an den Kosten zu beteiligen, bei dem die Spekulation die schlimmsten Blüten trieb. In Deutschland könnten so jährliche Einnahmen von 10 bis 20 Mrd. Euro generiert werden. Geld, das wir brauchen, um die Kosten und Folgekosten der Finanzkrise zu tragen und die Lasten gerecht zu verteilen. Die Bundesregierung rechnet in ihrem „Acht-Punkte-Papier“ von vergangener Woche mit über eine Bankenabgabe hinausgehenden Maßnahmen zur Beteiligung der Finanzbranche, ohne sie zu spezifizieren. Wir fordern mit diesem Antrag die Bundesregierung in abschließender Lesung auf, konkret zu werden und alles zu unternehmen, um die europäischen Partner, die G20 und die OECD vom ökonomischen, ökologischen und wirtschaftlichen Nutzen einer internationalen Finanztransaktionssteuer zu überzeugen. Sollte die Finanztransaktionssteuer weder auf internationaler noch auf europäischer Ebene eingeführt werden können, brauchen wir nationale Schritte einer Besteuerung von Finanztransaktionen in Deutschland.

### **Maßnahmenbündel gegen Spekulationen auf den Finanzmärkten und ungerechtfertigte Banker-Boni**

Mit dem Antrag, den der Bundestag diese Woche in abschließender Lesung berät, fordern wir eine Beteiligung der Banken an den Lasten der Krisenbekämpfung und die Ergreifung präventiver Maßnahmen um eine Wiederholung der Finanzmarktkrise zu verhindern. Dazu sollen Regelungen sowohl auf der Ebene des internationalen und nationalen Finanzsystems als auch auf Ebene der einzelnen Banken getroffen werden. Weiterhin wollen wir die konsequente Fortsetzung der Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Zudem soll die Bundesregierung ihre unausgegorenen Pläne zur Neuordnung der Finanzmarktaufsicht nicht nur aussetzen, sondern endgültig darauf verzichten. Auch sollen sich die Banken an der Finanzierung der öffentlichen Lasten aus der Krisenbekämpfung angemessen beteiligen. Schließlich fordern wir, die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Bonuszahlungen als Betriebsausgaben sofort umzusetzen.

### **BAföG ausbauen - Chancengleichheit stärken**

In dieser Woche wird im Deutschen Bundestag unser Antrag „BAföG ausbauen und Chancengleichheit stärken“ in 2./3. Lesung beraten. Wir wollen mehr jungen Leuten eine Förderung ermöglichen, die Leistungen anheben und neue Förderangebote für Familien mit mittlerem Einkommen. Wir fordern die Bundesregierung zu einer Erhöhung der



Siegmond Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Bedarfssätze um 3 Prozent sowie der Einkommensfreibeträge um 10 Prozent auf. Das BAföG muss fortentwickelt werden, z. B. durch die Einbeziehung von Teilzeitstudiengängen, die Anhebung des Vermögensfreibetrages, die Schließung der Förderlücke vom Bachelor- zum Masterstudium, die Verlängerung der Förderdauer, die Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften, die Berücksichtigung der Pflege von Angehörigen bei der Förderdauer sowie besseren Berücksichtigung von Geschwistern in Ausbildung. Die Bedarfssätze und Freibeträge müssen an die Preisentwicklung gekoppelt werden.

### **Demokratische Teilhabe von Belegschaften und ihrer Vertreter an unternehmerischen Entscheidungen stärken**

In Deutschland sorgen das Drittelbeteiligungsgesetz, das Mitbestimmungsgesetz und das Montanmitbestimmungsgesetz für eine demokratische Teilhabe der Belegschaft und ihrer Vertreter an unternehmerischen Entscheidungen. Eine Lehre aus der Krise muss die Weiterentwicklung und Stärkung der Mitbestimmung sein. Dazu gehört auch, die Mitbestimmung in zentralen unternehmerischen Entscheidungen zu erweitern. Wir fordern die Bundesregierung auf, hierzu einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Ein weiteres zentrales Problem der Mitbestimmung besteht durch so genannte „Scheinauslandsgesellschaften“, also Unternehmen ausländischer Rechtsform mit Verwaltungssitz oder Zweigniederlassung in Deutschland bzw. deutschen Personengesellschaften mit ausländischem Komplementär. Diese versuchen durch ihre besondere Rechtsform die deutsche Mitbestimmung zu umgehen. Auch dies soll mit dem vorzulegenden Gesetzentwurf in Zukunft unterbunden werden. Weiterhin soll der Gesetzentwurf beinhalten, dass die Schwellenwerte für das Mitbestimmungsgesetz auf 1.000 Beschäftigte und für das Drittelbeteiligungsgesetz auf 250 Beschäftigte verringert, sowie die rechtliche und wirtschaftliche Gleichstellung zwischen Kapital und Arbeit über die „echte Parität“ durch eine neutrale Person im Aufsichtsrat und die gleichzeitige Abschaffung des Doppelstimmrechts des Aufsichtsratsvorsitzenden für alle Kapitalgesellschaften erzielt wird.

### **Herausforderung Millenniums-Entwicklungsziele**

Als sich im September 2000 in New York 189 Staats- und Regierungschefs mit der Unterzeichnung der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen erstmals auf einen Katalog grundsätzlicher, verpflichtender Zielsetzungen für eine weltweite Entwicklungspolitik einigten, haben sie der Welt ein ehrgeiziges, aber erreichbares Versprechen gegeben. Die konkreten Ziele - die Bekämpfung der extremen Armut, die Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung, die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter, die Senkung der Kindersterblichkeit und die Verbesserung der Müttergesundheit, der Kampf gegen HIV/AIDS, Malaria und andere Krankheiten, die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit und der Aufbau einer weltweiten



Siegmund Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Entwicklungspartnerschaft - sollen, so wurde es vereinbart, bis zum Jahr 2015 erreicht werden. U. a. fordern wir die Bundesregierung auf, bis zum Jahr 2015 einen Anteil von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit bereit zu stellen. Mit zahlreichen weiteren Forderungen wollen wir dazu beitragen, dass Deutschland alles versucht, um die Millenniumsziele tatsächlich zu erreichen.

### **Technologieführerschaft Deutschlands im Verkehrs- und Baubereich gefährdet**

Klimawandel und Klimaschutz gehören zu den größten Herausforderungen unserer Zeit und müssen weiter ganz oben auf der Agenda Deutschlands stehen. Wir haben mit dem Nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität in der Großen Koalition die Weichen dafür gestellt. Seitdem hat der Prozess an Dynamik verloren. Mit einer Großen Anfrage fordern wir die Bundesregierung auf, öffentlich darzustellen, mit welchen Maßnahmen sie das von ihr für den Verkehrs- und Bausektor angekündigte sektorenspezifische Energie- und Klimakonzept füllen will. Fraglich ist, wie die Regierung den Entwicklungsplan Elektromobilität umsetzen will, wie sie die Folgen des Technologiewandels hin zur Elektromobilität und alternativen Antriebsenergien innerhalb der Wirtschaftskette der Deutschen Automobilindustrie einschätzt und wie sie vor allem die Städte und Gemeinden bei der Umsetzung der Klimaschutzziele unterstützen will. Leider sieht sich die Bundesregierung bisher nicht in der Lage, die Große Anfrage zu beantworten. Der groß angekündigte Elektromobilitätsgipfel verkam zu einem Foto-Termin der Kanzlerin. Wir werden die offensichtliche Sprach- und Konzeptlosigkeit der Bundesregierung im Plenum aufzeigen und sie zum wiederholten Male endlich zum Handeln auffordern.

### **Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften**

Seit August 2001 bieten Eingetragene Lebenspartnerschaften gleichgeschlechtlichen Paaren die Möglichkeit, ihrer Partnerschaft einen gesicherten Rechtsrahmen zu geben. Eingetragene Lebenspartnerinnen und Lebenspartner sind Eheleuten jedoch bis heute nicht in allen Bereichen gleichgestellt. Die ungleiche Behandlung betrifft vor allem die Bereiche der Adoption von Kindern, das Steuerrecht wie auch den öffentlichen Dienst. Mit dem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eingetragene Lebenspartnerschaften in allen Bereichen mit der Ehe gleichstellt und bestehende Benachteiligungen abschafft.

### **Öffentlichen Zugang zu Informationen über klinische Studien sicherstellen**

Klinische Studien sind ein unverzichtbares Instrument moderner patientenorientierter, medizinischer und pharmazeutischer Forschung. Angesichts der Zunahme der medizinischen Möglichkeiten und der neuen Herausforderungen für die medizinische Forschung, wird die Bedeutung klinischer Studien weiter zunehmen. Das Wissen um die Durchführung klinischer Studien und ihrer Ergebnisse ist für Patientinnen und Patienten,



**Siegmund Ehrmann**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Ärztinnen und Ärzte, aber auch für die Wissenschaft wichtig. Zum einen muss die Berichterstattung über Studien und ihre Ergebnisse, positive wie negative, vollständig sein. Zum anderen muss es das Ziel verantwortlicher Politik sein, dass überflüssige Mehrfachprüfungen mit den gleichen Studienzwecken an Menschen vermieden werden. Wir fordern die Bundesregierung in diesem Antrag u. a. auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Pflicht zur Registrierung klinischer Studien sowie eine Pflicht zur Veröffentlichung von Studienergebnissen innerhalb von 12 Monaten nach Studienabschluss oder -abbruch beinhaltet. Die Verpflichtung muss auch rückwirkend für bereits zugelassene Arzneimittel verankert werden

### **Verbraucherinformationsgesetz zügig reformieren**

Transparenz und Verbraucherinformation sind eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft. Weil in den Verhandlungen über das Verbraucherinformationsgesetz 2006 schnell deutlich wurde, dass CDU und CSU einer umfassenden Öffnung der Behördenakten nicht zustimmen würden, hatte die SPD eine Evaluierung des Gesetzes durchgesetzt. Die Ergebnisse der Evaluation müssen jetzt schnell im Sinne der Verbraucher genutzt werden. Der Verbesserungsbedarf ist offensichtlich, weshalb die vom BMELV vorgeschlagene Konsultationsphase unnötig Zeit kostet. Der Antrag fordert ein Bündel an Gesetzesänderungen, um eine bessere Information der Verbraucher zu gewährleisten. Vor allem sollen Behörden verpflichtet werden, aktiv zu informieren und Untersuchungsergebnisse von sich aus zu veröffentlichen. Mittelfristig sollen Informationsfreiheitsgesetz, Umweltinformationsgesetz und Verbraucherinformationsgesetz in einem konsistenten Rahmen zusammengeführt werden.

### **Todesstrafe weltweit abschaffen**

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat sich klar gegen die Todesstrafe positioniert. Auch haben sich viele Staaten völkerrechtlich zur Abschaffung der Todesstrafe verpflichtet. Die Grundrechtecharta der EU enthält ebenfalls das Verbot der Todesstrafe. Mehrfach hat sich der Deutsche Bundestag gegen die Todesstrafe ausgesprochen und die Bundesregierung aufgefordert, bilateral und im Rahmen der EU wirksame Maßnahmen zu ergreifen bzw. fortzusetzen, um weltweit die Abschaffung der Todesstrafe voranzubringen bzw. in einigen Ländern wenigstens ein Moratorium zu erreichen. In diesem gemeinsamen Antrag mit Bündnis90/DieGrünen werden beispielhaft Fälle genannt, die in unfairen oder politisch motivierten Prozessen zum Tod verurteilt wurden. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich in allen damit befassten Gremien und bilateralen Gesprächen für die Abschaffung der Todesstrafe einzusetzen.



Siegmund Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages

### **Folter bekämpfen und Folteropfer unterstützen**

Aus Anlass des Internationalen Tages zur Unterstützung der Folteropfer am 26. Juni drängen wir erneut auf die weltweite Bekämpfung der Folter und die Unterstützung der Folteropfer. Zugleich würdigen wir mit unserem Antrag die wichtige Arbeit der psychosozialen Behandlungszentren für Folteropfer. Im jüngst vorgelegten Fünften Staatenbericht Deutschlands zur Umsetzung der UN-Anti-Folter-Konvention (CAT) werden das absolute Folterverbot bekräftigt, die Zusammenarbeit Deutschlands auf internationaler Ebene zur Bekämpfung der Folter dargestellt und über kritische Aspekte und Einzelfälle aus der Tätigkeit von Geheimdiensten, Bundeswehr, Polizei und Justiz berichtet. Mit dem Antrag bekräftigen wir erneut, dass Folter ein Anschlag auf die Würde des Menschen ist und weltweit konsequent bekämpft werden muss.

### **Den Europäischen Auswärtigen Dienst im Dienste aller EU-Institutionen handlungsfähig und wirkungsvoll ausgestalten**

Mit der Berufung von Catherine Ashton in das neue Amt der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für die Außen- und Sicherheitspolitik verfolgt die EU ihr Ziel eines einheitlichen, kohärenten und wirksamen außen- und sicherheitspolitischen Handelns der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) muss dabei derart ausgestaltet werden, dass die Hohe Vertreterin bei ihrer Arbeit maßgeblich unterstützt wird. Es bestätigt sich der frühere Verdacht, dass viele wichtige Punkte in Bezug auf die Errichtung des EAD intransparent sind. Wir fordern eine Lösung, die von allen europäischen Institutionen längerfristig respektiert und unterstützt wird. Wir bestehen darauf, das Europäische Parlament und den Deutschen Bundestag durch Berichte und Kontrollregelungen stärker in die längerfristige Ausgestaltung des EAD einzubeziehen.

### **Stärkung der Jugendfreiwilligendienste - Platzangebot ausbauen, Qualität erhöhen, Rechtssicherheit schaffen**

Bürgerschaftliches Engagement und eine solidarische Bürgergesellschaft sind unverzichtbar für eine lebendige und widerstandsfähige Demokratie. Die Demokratie lebt durch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Freiwilligendienste sind eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements. Um die solidarische Bürgergesellschaft zu stärken und mehr Menschen für ein bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen, müssen die Freiwilligendienste qualitativ und quantitativ weiter ausgebaut werden. Unser Antrag enthält Forderungen zur Stärkung der bei jungen Menschen beliebten Jugendfreiwilligendienste, die zum bürgerschaftlichen Engagement gehören und Bildungscharakter haben. Wir fordern die Bundesregierung auf, ein Freiwilligendienstestatusgesetz vorzulegen, das neben dem Freiwilligen Sozialen Jahr und Freiwilligen Ökologischen Jahr auch die Freiwilligendienste „weltwärts“ und „kulturweit“ umfassen soll. Weiterhin soll es zu einer Verbesserung des



Siegmund Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages

qualitativen Ausbaus durch die Erhöhung der Förderpauschalen und zu einem Ausbau der Platzzahlen kommen.

### **Bundeswaldgesetz nachhaltig gestalten - Schutz und Pflege des Ökosystems für heutige und künftige Generationen**

Etwa ein Drittel der Landesfläche Deutschlands ist mit Wald bedeckt. Mit einer Waldfläche von 11,1 Millionen Hektar und einem Holzvorrat von 3,4 Milliarden Kubikmeter besitzt Deutschland die vorratsreichsten Wälder Europas. Wir machen in diesem Antrag, den wir diese Woche in abschließender Lesung beraten, deutlich, dass Wälder neben ihrer Nutzfunktion Einfluss auf das regionale Klima haben. Sie sind am Temperatur- und Luftausgleich beteiligt und fungieren als Kohlenstoffspeicher und -senken. Sie sind ein Puffer- und Filtersystem, weshalb 65 Prozent der Trinkwassereinzugsgebiete in Wäldern liegen. Sie dienen ca. 4.300 Pflanzen- und Pilzarten und mehr als 6.700 Tierarten als Lebensraum. Die vielfältigen Schutz- und Nutzfunktionen können die Wälder für zukünftige Generationen nur dann erfüllen, wenn sie nachhaltig bewirtschaftet werden. Deshalb ist es dringend erforderlich, im Bundeswaldgesetz die „gute fachliche Praxis“ für die Bewirtschaftung zu verankern. Weiterhin fordern wir u. a. die Anpassung des Bundeswaldgesetzes an die Nachhaltigkeits- und Biodiversitätsstrategie.

### **Naturnahen Wasserhaushalt durch Schutz und Renaturierung von Nass- und Feuchtgebieten fördern - Hochwassergefahren mindern, Klima schützen**

Wasserhaushalt und Naturschutz haben weitreichende Konsequenzen. Die menschliche Beeinflussung des Wasserhaushalts muss mit dem Naturschutz nicht nur in bestehenden Feuchtgebieten und Auen stärker in Einklang gebracht werden. Auch die Verbesserung des Wasserhaushalts in der Fläche ist eine große gemeinsame Aufgabe für Naturschutz, Wasserwirtschaft und Politik. Besonders in Zeiten des Klimawandels kommt dem ausgeglichenen Wasserhaushalt eine Schlüsselrolle zu. Mit unserem Antrag, den der Bundestag nächste Woche abschließend berät, stellen wir die erforderlichen Schritte dar und fordern die Bundesregierung auf, Stellung zu nehmen und zukünftige Maßnahmen zu beschreiben.

### **Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Weingesetzes**

Ziel des abschließend zu beratenden gemeinsamen Gesetzentwurfs der Koalitionsfraktionen, SPD und Grünen ist die Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs und einer hohen Weinqualität. Derzeit dürfen Weingüter und Winzergenossenschaften nur die tatsächlich erzeugte Weinmenge nach der Hektarertragsregelung vermarkten. Weinmengen, die über dem Hektarhöchstertag liegen, müssen zu Industrialkohol destilliert werden. Kooperationen zwischen Traubenerzeugern und Kellereien müssen dies allerdings nicht. Deshalb sollen die verarbeitenden Betriebe bei Abgabe von



**Siegmond Ehrmann**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Trauben und Most verpflichtet werden, sich bei der Weinerzeugung an die vorgeschriebenen Umrechnungsfaktoren zu halten. Die Neuregelung soll daher für alle Betriebe, die Weintrauben, Traubenmost oder Wein erzeugen, vergleichbare Wettbewerbsbedingungen schaffen und die Qualität der Weinerzeugung sicherstellen.